

Es geht um alle

Post-Streik hat begonnen

Daniel Behruzi

Der unbefristete Arbeitskampf bei der Deutschen Post AG ist angelaufen. Zunächst sollen die Verteilzentren und dann auch die Brief- und Paketzustellung in den Ausstand einbezogen werden. »Dieser Streik soll möglichst schnell eine wirtschaftliche Beeinträchtigung bei der Post hervorrufen«, so ver.di-Verhandlungsführerin Andrea Kocsis. Das wird nicht leicht. Denn zum einen haftet die Post nicht dafür, dass die täglich 64 Millionen Briefe und 3,4 Millionen Pakete pünktlich beim Adressaten ankommen. Der Schaden kann also lediglich darin bestehen, dass Kunden zu konkurrierenden Paketdiensten abwandern. Zum anderen hat der Konzern einige Möglichkeiten, die Streikfolgen gering zu halten – und davon macht er trotz juristischer Einwände offenbar ausgiebig Gebrauch.

So sind die rund 40.000 Postbeamten nicht nur nicht zum Streik aufgerufen. Einige von ihnen werden auch »freiwillig« als Streikbrecher herangezogen. Rechtlich ebenso dubios ist der Einsatz von Leiharbeitern und Sonntagsarbeit, mit denen die Wirkung untergraben werden soll. Gerichte und Politik stärken dem einstigen Staatskonzern dabei den Rücken. So hat das Bonner Arbeitsgericht einen ver.di-Antrag auf eine einstweilige Verfügung gegen die Versetzung von Beamten auf bestreikte Arbeitsplätze abgelehnt. Und die Landesregierungen weigern sich, zum Beispiel in Hessen, gegen die illegale Anordnung von Sonntagsarbeit einzuschreiten.

Für ver.di ist der Konflikt bei der Post von entscheidender Bedeutung. Wenn es dem Konzern gelingt, seine Ausgliederungsstrategie umzusetzen, ist eine weitere Hochburg gewerkschaftlicher Organisation geschleift. Das zu verhindern, wird trotz des hohen Organisationsgrads nicht leicht. Denn die Konstellation ist kompliziert: Die Stammbeschäftigten sollen für ihre Kolleginnen und Kollegen kämpfen, die in billigere Tochtergesellschaften abgeschoben wurden oder werden sollen. Die Streikenden selbst sind davon scheinbar nicht betroffen. Die Unternehmensspitze könnte daher versuchen, Stammkräfte und prekär Beschäftigte gegeneinander auszuspielen. Wenn ihr eine solche Spaltung gelingt, hat der Konzern gewonnen.

Ver.di muss daher alles daran setzen, der Belegschaft klarzumachen: Es geht um alle. Wenn das Management mit seiner Taktik durchkommt, steht eher früher als später auch der Post-Haustarif zur Disposition. Leider haben sich die ver.di-Verhandlungsführer in dieser Hinsicht selbst eine schlechte Ausgangssituation verschafft. Ihr öffentlich lanciertes Angebot einer Nullrunde für alle und eines langsameren Stufenaufstiegs für Neueingestellte dürfte die Kampfmoral und Solidarität nicht gerade gesteigert haben.

Unverständlich ist auch, warum sich die Gewerkschaft nicht per Urabstimmung ein starkes Votum für den Arbeitskampf verschafft. Formell mag das nicht nötig sein. Die Legitimität dieses harten und wahrscheinlich langwierigen Streiks hätte ver.di damit aber erhöht.

<http://www.jungewelt.de/2015/06-10/047.php>